

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

politisches

Kalenderblatt

Pressedienst für zeitgeschichtliche Jahrestage

April 94

- 01.04.1991 Vor 3 Jahren: Der Mord an Rohwedder
- 04.04.1949 Vor 45 Jahren: Die Gründung der NATO
- 08.04.1949 Vor 45 Jahren: Einigung über westdeutschen Bundesstaat
- 10.04.1984 Vor 10 Jahren: Ausreisewelle aus der DDR
- 13.04.1989 Vor 5 Jahren: Kabinettsrevirement in Bonn
- 17.04.1989 Vor 5 Jahren: "Solidarność" wieder legal
- 24.04.1974 Vor 20 Jahren: Kanzlerspion verhaftet
- 30.04.1991 Vor 3 Jahren: Bonn beschließt FCKW-Ausstieg
- 30.04.1991 Vor 3 Jahren: Der letzte "Trabi"

Der Mord an Rohwedder

Am 1. April 1991 - heute vor drei Jahren - wird der Präsident der Berliner Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder, in seinem Privathaus im Düsseldorfer Stadtteil Oberkassel von Terroristen ermordet. Die Täter, die mit einem Gewehr von einem gegenüberliegenden Grundstück aus durch die Scheiben seines Arbeitszimmers auf Rohwedder schießen, gehören der terroristischen "Rote Armee Fraktion" (RAF) an; in der Kleingartenanlage, von der aus sie ihren heimtückischen Anschlag verüben, wird ein sog. "Bekennerschreiben" gefunden, in welchem die RAF im gewohnten Polit-Kauderwelsch über den "anti-imperialistischen Kampf" ihr Verbrechen zu rechtfertigen sucht. Frau Rohwedder, die nach dem ersten Schuß in das Arbeitszimmer ihres Mannes stürzt, wird durch eine Kugel am Arm verletzt; ihr Mann verstirbt noch am Tatort. Die Mörder können trotz einer sofortigen Ringfahndung der Polizei entkommen; in den Tagen danach gibt es Auseinandersetzungen über die Frage, ob das Opfer von den Sicherheitsbehörden hinreichend geschützt worden ist - am Sitz der Treuhand in Berlin verfügte Rohwedder rund um die Uhr über Personenschutz und ein gepanzertes Dienstfahrzeug. Daheim in Düsseldorf legte der 58jährige allerdings Wert auf "persönlichen Freiraum" - vielleicht ist ihm dies zum Verhängnis geworden.

In Bonn löst das Attentat Empörung und Entsetzen aus; Bundespräsident von Weizsäcker nennt Rohwedder einen Mann von "großer Kompetenz und hoher Integrität", der dem Gemeinwesen in Deutschland unschätzbare Dienste geleistet habe. Bundeskanzler Kohl bescheinigt Rohwedder, seine ganze Kraft und sein Können für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder eingesetzt zu haben: "Detlev Rohwedder hat sich um unser vereintes Vaterland verdient gemacht."

Tatsächlich ist es der Kanzler und CDU-Vorsitzende Kohl gewesen, der den Manager und SPD-Politiker Rohwedder dafür gewonnen hat, die Aufgabe an der Spitze der Treuhand zu übernehmen. Als Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG hat er sich mitten in der Stahlkrise einen Ruf als erfolgreicher Sanierer und Industriemanager erworben; zuvor hat er ein Jahrzehnt als Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium gearbeitet. Jetzt war Rohwedder mit der beispiellosen Aufgabe beschäftigt, die gesamte industrielle Hinterlassenschaft der DDR durch Privatisierung, Sanierung und Stilllegung umzubauen. Natürlich spekulieren seine Mörder auf die Emotionen, die sich vor allem in den neuen Ländern an der Tätigkeit der Treuhand entzünden: denn diese muß jetzt für die Fehler und Versäumnisse der SED-Vergangenheit herhalten, für die unleugbaren Probleme des völligen Umbruchs und Neuanfangs ebenso wie für die ökonomischen Härten, die die vom Strukturwandel betroffenen Menschen erleiden.

Die Arbeit der Treuhand aber geht weiter. Kaum vierzehn Tage nach dem Mord an Rohwedder wählt der Verwaltungsrat seine bisherige Stellvertreterin Birgit Breuel zur neuen Chefin in der Zentrale am Berliner Alexanderplatz.

Die Gründung der NATO

Am 4. April 1949 - heute vor 45 Jahren - unterzeichnen in Washington die Außenminister Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Islands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals und der Vereinigten Staaten den Nordatlantikvertrag (North Atlantic Treaty Organization = NATO). Es ist die Geburtsstunde einer Allianz, die sich von Anfang an sowohl als Militärbündnis zur kollektiven Selbstverteidigung wie auch als politische, wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft zur Behauptung der westlichen Zivilisation gegenüber der Bedrohung durch den Kommunismus versteht.

Das Entstehen der NATO ist die Reaktion auf den sowjetischen Expansionismus in Osteuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Innerhalb von nur zwölf Monaten bringt Stalins rücksichtslose Machtpolitik 1947/48 in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei kommunistisch gesteuerte "Satelliten"-Regierungen ans Ruder. Angesichts der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Erschöpfung der westeuropäischen Staaten entschließen sich die USA zu einem dauerhaften Engagement auf dem alten Kontinent; mit der "Truman-Doktrin" und dem "Marshall-Plan" nehmen sie Kurs auf die heute vor 45 Jahren gegründete Nordatlantische Allianz. Zu den ursprünglich zwölf Mitgliedsstaaten treten 1952 Griechenland und die Türkei hinzu; die Bundesrepublik Deutschland wird nach Aufhebung des Besatzungsstatuts und dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955 offiziell Mitglied der NATO; das demokratische Spanien der Nach-Franco-Ära tritt dem Bündnis 1982 bei.

Die NATO will den Frieden und die Freiheit ihrer Mitglieder sichern; Abschreckung jedes potentiellen Angreifers dadurch, daß diesem selbst ein unkalkulierbares Risiko droht - das ist 40 Jahre lang der Kern der Bündnis-Strategie. Und sie hat Erfolg: 40 Jahre lang herrscht in Europa das "Gleichgewicht des Schreckens", bis 1989/90 das kommunistische Weltreich in sich zusammenbricht. - Der tschechische Präsident Vaclav Havel hat es so ausgedrückt: die NATO ist "eine durch und durch demokratische Verteidigungsgemeinschaft, die wesentlich dazu beigetragen hat, daß dieser Kontinent seit fast einem halben Jahrhundert von Krieg verschont geblieben ist und ein großer Teil Europas vor dem Totalitarismus bewahrt wurde".

Nach dem Ende des "Kalten Krieges" steht die Allianz indessen schon wieder vor neuen Herausforderungen. Die UNO, die mehr und mehr in die Rolle des "Weltpolizisten" wächst, möchte sich der NATO zunehmend als eines wirkungsvollen Instruments zur globalen Friedenssicherung bedienen. Und die früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts, die angesichts der Entwicklungen in Rußland von neuen (alten) Sorgen geplagt werden, suchen dringend Anschluß an die westliche Allianz. Die ihnen vom Bündnis angebotene "Partnerschaft für den Frieden" wird auf Dauer kaum das letzte Wort bleiben können.

Einigung über westdeutschen Bundesstaat

Am 8. April 1949 - heute vor 45 Jahren - fällt in Washington eine wichtige Vorentscheidung für die Gründung eines westdeutschen Bundesstaates. Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs, Dean Acheson, Ernest Bevin und Robert Schuman, unterzeichnen ein Abkommen, mit dem Einigkeit über den Text des künftigen Besatzungsstatuts und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission anstelle der drei bisherigen Militärregierungen erzielt wird. Ferner herrscht Einvernehmen über die weitere Reduzierung der Demontagen und über die politische und wirtschaftliche Vereinigung der drei Westzonen: die "Deutsche Bundesrepublik" (eine Formulierung, die sich in der Dreimächte-Erklärung wiederholt findet) taucht am Horizont der Nachkriegsgeschichte auf.

Noch behalten sich die Westalliierten in den meisten Angelegenheiten das letzte Wort vor - das gilt insbesondere für die Entmilitarisierung, die Kontrolle des Ruhrgebiets, die Reparationen und das gesamte Feld der Außenpolitik. Aber im Innern sollen die Westdeutschen künftig die gesetzgeberische, vollziehende und rechtsprechende Gewalt selbst ausüben, um unter fortwährender Überwachung durch die westlichen Sieger allmählich an die Standards einer funktionierenden und stabilen Demokratie herangeführt zu werden.

Im Grunde ist es ein Versuch auf Widerruf; wenn es gelingt, im Westen ein demokratisches Deutschland zu schaffen - gut; wenn nicht, werden die Sieger weitersehen. "Wenn die Deutschen klug sind", sagt Bevin, "werden sie darauf eingehen. Denn auf ihrem Gewissen lastet es, daß sie zweimal die Welt in einen Krieg stürzten. Trotzdem versuchen drei Regierungen, ihnen bei der Schaffung eines neuen demokratischen Deutschland zu helfen, mit dem Europa und die übrige Welt in Frieden und Vertrauen leben kann."

Das sind - aus der Distanz von 45 Jahren betrachtet - wahrhaftig bescheidene Anfänge. Und noch hängt alles davon ab, daß die Westdeutschen selbst Einigkeit über das künftige Grundgesetz erreichen und dieses anschließend auch die Billigung der westlichen Sieger findet. Das ist heute vor 45 Jahren noch nicht endgültig gesichert: zwischen der CDU und der SPD einerseits sowie zwischen dem Parlamentarischen Rat insgesamt und den Alliierten andererseits findet im April 1949 ein höchst verwickeltes und verschlungenes Verhandlungspoker um die noch offenen Fragen im künftigen Grundgesetz statt. Aber genau einen Monat nach der Dreimächte-Einigung von Washington, am 8. Mai 1949, wird mit der Annahme des Grundgesetzes die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten kann.

An der Wiege stehen die drei Westmächte: sie sind gewiß hilfreiche und fördernde Paten; aber sie sind auch streng, kritisch, wachsam. Und noch immer voller Mißtrauen - ob das, was sie da auf den Weg bringen, am Ende auch wirklich zum Guten ausgehen wird.

Ausreisewelle aus der DDR

Am 10. April 1984 - heute vor 10 Jahren - verdichten sich im Bonner Regierungsviertel die Hinweise auf ein dramatisches Anwachsen der Zahl der Ausreisen aus der DDR. Meldungen, wonach seit Wochen täglich rund 300 Menschen im Notaufnahmelager Gießen ankommen, werden von der Bundesregierung nicht dementiert. Bereits Ende Februar hat es erste Anzeichen für einen sprunghaften Anstieg der Ausreisepersonen gegeben; jetzt - im April - sind es schon fast 15.500 Menschen, die der DDR seit Beginn des Jahres den Rücken gekehrt haben.

Im Rückblick zeigt sich, daß die Vorgänge im Frühjahr und Sommer 1984 zu den vielen kleinen innenpolitischen Beben gehören, die der friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 vorausgehen. Angesichts einer ständig steigenden Flut von Ausreiseanträgen versucht die SED, eine Doppelstrategie: Zum einen öffnet sie - kurzzeitig - für viele Tausend Menschen die Mauer, um dem ungewöhnlich starken Ausreisedruck ein Ventil zu schaffen; zum andern startet sie eine breit angelegte Medienkampagne, in der wahre Horrorgeschichten ausbreitet werden über die angebliche Not und Verzweiflung der Übersiedler. Den Zurückgebliebenen soll von einer plumpen Propaganda der Eindruck vermittelt werden, im Westen würden sie geradewegs in ihr Verderben laufen. Bezeichnend ist die Art, in der viele Menschen in der DDR auf diese Kampagne reagieren: sie sehen in ihr die Ankündigung, daß die Ausreisewelle demnächst gestoppt werden soll - und stellen jetzt erst recht einen Antrag auf Ausreise.

Angesichts der instabilen Lage appelliert die Evangelische Kirche in der DDR an die Verantwortlichen, endlich eine befriedigende Regelung für Westreisen zu schaffen; zugleich bedauert sie die massenhaften Ausreisen und mahnt zum Bleiben. - Es ist das alte Lied - und das altvertraute Elend - in der DDR: mit Menschen, die gegen ihren Willen eingesperrt sind, kann man nicht "vernünftig" reden. Stets muß damit gerechnet werden, daß selbst das kleinste Loch in der Mauer eine panikartige Springflut auslöst - nach dem Motto: lieber die vielleicht letzte Chance zur Ausreise ergreifen, als auf irgendwelche Zusicherungen über erweiterte Reisemöglichkeiten vertrauen . . .

Es ist in der Tat haargenau das Dilemma, welches im Herbst 1989 das Ende der DDR einläuten wird. Schon fünf Jahre zuvor spitzt sich die Lage krisenhaft zu: die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin und die Bonner Botschaft in Prag müssen im Sommer wegen Überfüllung durch DDR-Flüchtlinge geschlossen werden. Aber diesmal kommt die SED mit Sturheit und Repression noch einmal davon: seit dem Frühjahr füllen sich die Zuchthäuser und Gefängnisse wieder mit politischen Häftlingen - und fast alle sind im Zusammenhang mit Ausreisungsbegehren inhaftiert worden.

Kabinettsrevirement in Bonn

Am 13. April 1989 - heute vor fünf Jahren - verkündet Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn eine tiefgreifende Kabinettsumbildung. Rund 20 Monate vor den nächsten Bundestagswahlen will der Kanzler mit einer kräftig veränderten Regierungsmannschaft in die zweite Halbzeit der Legislaturperiode gehen. Niemand kann zu dieser Zeit ahnen, daß revolutionäre Umwälzungen in Deutschland und in Europa vor der Tür stehen und schon die kommenden Wahlen einen gesamtdeutschen Souverän in einem vereinten Deutschland sehen werden.

Das Kabinett, mit dem Kohl in die entscheidenden Monate der europäischen Epochenwende von 1989/90 geht, ist auf wichtigen Posten verändert: anstelle des langjährigen Amtsinhabers Gerhard Stoltenberg wird der CSU-Vorsitzende Theo Waigel Finanzminister. Er gehörte bislang nicht der Regierung an; sein Eintritt ins Kabinett wird als Stärkung der bayerischen Unionspartei innerhalb der Koalition gewertet, aber auch als Erfolg des Kanzlers, der den Chef der Schwesterpartei in die Regierungsdisziplin hat einbinden können. Der langjährige Wohnungsbauminister Oscar Schneider (CSU) wird von seiner Parteikollegin Gerda Hasselfeldt abgelöst; damit gehören dem Kabinett jetzt erstmals drei Bundesministerinnen an. Der - ebenfalls - langjährige Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) räumt seinen Stuhl für den bisherigen Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble (CDU). Zimmermann übernimmt im Zuge des Revirements das Verkehrsministerium. Für Entwicklungshilfeminister Hans Klein (CSU) kommt der CSU-Abgeordnete und bisherige Verkehrsminister Jürgen Warnke; neu in der Regierung ist Rudolf Seiters (CDU), der Chef des Kanzleramtes wird. Seine Entlassungsurkunde erhält der glücklose Verteidigungsminister Rupert Scholz (neuer Ressortchef: Gerhard Stoltenberg); auch Regierungssprecher Friedhelm Ost scheidet aus. An seine Stelle tritt der bisherige Entwicklungshilfeminister Hans Klein, der im Rang eines Bundesministers die Leitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung übernimmt. Auch dies gilt als geschickter Schachzug: denn CSU-Mitglied "Johnny" Klein kommt mit nahezu jedermann in Bonn gut aus und unterhält auch zum Koalitionspartner FDP freundliche Beziehungen. Zudem ist er als gelernter Journalist und früherer Pressereferent an mehreren deutschen Auslandsbotschaften für sein neues Amt bestens vorbereitet.

Die FDP ist von der Regierungsumbildung nicht betroffen. Ihre Minister Genscher (Auswärtiges), Engelhard (Justiz), Haussmann (Wirtschaft) und Möllemann (Bildung) bleiben an der Spitze ihrer jeweiligen Ressorts.

“Solidarność” wieder legal

Am 17. April 1989 - heute vor fünf Jahren - wird die polnische Gewerkschaft “Solidarnosc” vom Warschauer Provinzgericht registriert. Damit kehrt die “Solidarität”, die seit ihrer Gründung im August 1980 aufs engste mit dem Wirken und dem Namen des damaligen Streikführers Lech Walesa verbunden ist, sieben Jahre nach ihrer Suspendierung und ihrem nachfolgenden Verbot zurück in die Legalität. Der kommunistische polnische Staat erkennt sie jetzt offiziell (wieder) an; seit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 waren Walesa und seine Anhänger faktisch in den Untergrund verbannt. Das Ereignis ist von weitreichender Bedeutung für die polnische und europäische Geschichte des Jahres 1989. Denn der “runde Tisch” in Warschau hat nicht nur den Weg für die Wieder-Zulassung der “Solidarität”, sondern auch für die bald darauf - im Juni - folgenden Wahlen zum “Sejm” und einer neuen zweiten Kammer, dem Senat, freigemacht. Dabei sichern sich die bisherigen kommunistischen Alleinherrscher zwar schon im voraus 65 Prozent der Parlamentssitze, verzichten im Gegenzug aber auf ihr bisheriges Machtmonopol. Tatsächlich wird im August Tadeusz Mazowiecki, ein führendes Mitglied der “Solidarität”, zum neuen polnischen Ministerpräsidenten gewählt. Staatspräsident bleibt zwar vorerst General Jaruzelski, der Ende 1981 auf Druck Moskaus das Kriegsrecht verhängt hat; aber das alte Regime gehört unwiderruflich der Vergangenheit an.

Für Polen bedeutet die Wieder-Zulassung der “Solidarität” heute vor fünf Jahren eine entscheidende Zäsur seiner Nachkriegsgeschichte. Nach dem Oktober 1956, dem Dezember 1970, dem Aufbegehren von 1976 und der Geburt der “Solidarität” im August 1980 ist nun endlich das Tor zu Freiheit, Selbstbestimmung und einer dauerhaften Demokratisierung aufgestoßen.

Für ganz Mittel- und Osteuropa markiert der Durchbruch der “Solidarität” einen Meilenstein auf dem Weg zur friedlichen Revolution im Ostblock; zusammen mit der ungarischen Ankündigung vom März (die ab Mai verwirklicht wird), die Überwachungsanlagen und Stacheldrahthindernisse an der Grenze zu Österreich abzubauen, gehört er zu jenen Ereignissen, mit denen aus dem “neuen Denken” in Moskau weitreichende praktische Konsequenzen gezogen werden. Denn das gehört mit ins Bild: Michail Gorbatschows oftmals wiederholte Entschlossenheit, das verkrustete kommunistische System zu reformieren, und seine offen bekundete Bereitschaft, Reformbewegungen in Osteuropa zu tolerieren (statt sie, wie in der Vergangenheit, gewaltsam zu unterdrücken oder niederzuwalzen), sind die entscheidende Voraussetzung für das, was im Frühjahr 1989 in Polen und Ungarn geschieht.

Kanzlerspion verhaftet

Am 24. April 1974 - heute vor 20 Jahren - wird frühmorgens in Bonn ein Verwaltungsangestellter des Bundeskanzleramtes unter dem Verdacht der Spionage festgenommen. Es handelt sich um Günter Guillaume, der Anfang 1970 zunächst als Hilfsreferent in der Regierungszentrale eingestellt worden und seit November 1972 als Referent im Persönlichen Büro des Bundeskanzlers tätig gewesen ist. Seine Ehefrau Christel, Sachbearbeiterin an der Hessischen Landesvertretung in Bonn, wird ebenfalls verhaftet. Das Belastungsmaterial, welches den Ermittlungsbehörden zur Verfügung steht, ist eher dürftig. Guillaume selbst ist es, der alle Zweifel zerstreut; bei seiner Verhaftung gibt er sich als "Offizier der Nationalen Volksarmee der DDR" zu erkennen.

Gegen Mittag kehrt Bundeskanzler Willy Brandt von einer Auslandsreise nach Algerien und Ägypten zurück; noch auf dem Flughafen Köln-Bonn wird er über Guillaumes Verhaftung unterrichtet. Damit beginnt nicht nur die wohl spektakulärste Spionageaffäre der deutschen Nachkriegsgeschichte, sondern auch eine handfeste innenpolitische Krise, an deren Ende eine tiefe Zäsur in der "sozial-liberalen Ära" steht. Denn noch nicht einmal drei Wochen später sind die beiden Symbolfiguren des Machtwechsels von 1969 nicht mehr im Amt: Außenminister Walter Scheel (FDP) ist zum Bundespräsidenten gewählt, Kanzler Willy Brandt (SPD) zurückgetreten.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über Hintergründe und Ursachen des Brandt-Rücktritts vor 20 Jahren ist auch jener Mann in das öffentliche Rampenlicht zurückgekehrt, den das Oberlandesgericht Düsseldorf im Dezember 1975 zu 13 Jahren Haft verurteilt (von denen er immerhin sieben Jahre absitzen muß) - Günter Guillaume. Fest steht, daß er seine "Karriere" einer fast unglaublichen Kette von Pannen, Schlampereien und Leichtsinngigkeiten verdankt. Wie er - als angeblicher Flüchtling aus der DDR - von 1956 an erst in Frankfurt am Main und dann ab 1970 in Bonn über hochgestellte Fürsprecher - ohne jede fachliche Qualifikation und ungeachtet wachsender Sicherheitsbedenken - seinen Weg bis ins Allerinnerste der Macht machen kann, das ist auch 20 Jahre später kaum nachzuvollziehen. Fast alle Prominenten, die auf die eine oder andere Weise mit dem "Fall G." zu tun haben, sahen - und sehen - nicht gut aus. Das gilt in erster Linie für den damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Günther Nollau, einen Vertrauten des SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner; aber auch Ex-Kanzleramtschef Horst Ehmke und der damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher müssen sich viele kritische Fragen stellen lassen. Den Rücktritt vollzieht indes nur der Bundeskanzler; am 6. Mai 1974 übernimmt Willy Brandt in einem Schreiben an Bundespräsident Heinemann die politische Verantwortung für die Affäre und bittet darum, unverzüglich von seinen Amtspflichten entbunden zu werden.

Bonn beschließt FCKW-Ausstieg

Am 30. April 1991 - heute vor drei Jahren - beschließt das Bundeskabinett in Bonn auf Vorschlag von Umweltminister Töpfer eine Verordnung, mit der Deutschland eine weltweite Vorreiter-Rolle im Kampf gegen den "Ozon-Killer" Nr. 1 übernimmt: Die Bundesregierung verbietet die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die vor allem als Kühlmittel eingesetzt werden und von Wissenschaftlern für die schrittweise Zerstörung der lebenswichtigen Ozonschicht in der Erdatmosphäre verantwortlich gemacht worden sind.

Mit dem Verbot von FCKW und Halonen, das stufenweise bis 1995 wirksam werden soll, leistet die Bundesrepublik zugleich einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Treibhauseffekts. Noch im Laufe des Jahres 1991 werden diese Bestimmungen weiter verschärft: Bereits ab 1. Januar 1992 müssen Feuerlöscher und stationäre Anlagen zur Brandbekämpfung ohne die chemische Stoffgruppe der Halone in den Löschmitteln auskommen; zugleich wird ein Verwendungsstopp dieser Stoffe auch in Lösungsmitteln, Farben, Schaumstoffen, Schäumungsmitteln und Lacken bewirkt. - 1992 wird das Tempo abermals beschleunigt: der völlige "Ausstieg" aus der FCKW-Produktion und -Verwendung, der zunächst für 1995 geplant war, wird nun bereits für 1993/94 ins Visier genommen.

Tatsächlich ist bis Ende 1993 die Herstellung und Verwendung von FCKW in Deutschland nahezu vollständig beendet; der "100-Prozent-Ausstieg" dürfte noch im Laufe dieses Jahres realisiert werden.

Das von Bonn verfügte Aus für FCKW und Halone ist beispielhaft für das Funktionieren des "Kooperationsprinzips", also ein gelungenes Zusammenwirken von staatlichem Umweltschutz und unternehmerischer Innovation; denn die Bemühungen der deutschen Industrie zur Erforschung und Entwicklung nicht-ozonschädigender Ersatzstoffe führen ebenfalls zu einer Spitzenstellung auf dem Weltmarkt. Ausgerechnet aus Scharfenstein in der sächsischen Provinz kommt unter dem Namen "Folon" der erste FCKW- und FKW-freie Kühlschrank der Welt auf den Markt. Ausgezeichnet mit dem "Blauen Engel" für besonders umweltfreundliche Produkte, erregt er nicht nur als "Öko-Kühlschrank" großes Aufsehen, sondern erfreut seine Besitzer auch noch mit einem Energieverbrauch, der um zehn Prozent unter dem vergleichbarer Geräte liegt. Inzwischen ist das Patent längst von allen großen Konkurrenten übernommen worden und hat somit flächendeckend neue Maßstäbe gesetzt.

Abgerundet wird die Strategie der Bundesregierung zum Schutz der Ozonschicht und zur Bekämpfung des Treibhauseffekts durch eine 1992 beschlossene, weitere Maßnahme: um auch den Staaten der Dritten Welt den schnellen FCKW-Ausstieg zu ermöglichen, sind mehr als 20 Millionen Dollar für entsprechende technologische und finanzielle Hilfen zugunsten der Entwicklungsländer bereitgestellt worden. - Durch das "Montrealer Protokoll", welches den Verzicht auf ozonschädigende Stoffe völkerrechtlich verbindlich festlegt, konnte bis heute immerhin schon eine Reduzierung des weltweiten FCKW-Einsatzes um über 40 Prozent verwirklicht werden.

Der letzte "Trabi"

Am 30. April 1991 - heute vor drei Jahren - läuft in den Sachsenring Automobilwerken in Zwickau der letzte "Trabi" vom Band. Um 14.50 Uhr verläßt die Kombiausführung "1.1 Universal" mit der Produktionsnummer 3.096.099 die Montagehalle und nimmt direkt Kurs auf das firmeneigene Automobilmuseum. Auf der Haube prangt ein Aufkleber "Trabant - Legende auf Rädern", als der Wagen das Blitzlichtgewitter der Pressefotografen passiert. "Rosa wie ein neugeborenes Ferkel" - so heißt es in Zeitungsberichten liebevoll über das letzte Exemplar, mit dem nach fast 35 Jahren das Ende für ein Symbol der untergegangenen DDR kommt.

Einst mußten die Käufer bis zu zwölf Jahre warten und mehr als 12.000 Mark (Ost) auf den Tisch legen, um eines der heißbegehrten Fahrzeuge zu erwerben. Zuletzt sind in Zwickau nur noch 6.400 Menschen mit der Produktion des "Trabi" beschäftigt; die Produktion ist von knapp 150.000 Stück im Jahr 1989 auf 100 Exemplare pro Tag gesunken. Doch obwohl seit Mai 1990 eine geradezu revolutionäre Veränderung eingetreten ist - der Trabant wird mit einem Viertaktmotor von VW ausgerüstet - , findet das Auto kaum noch Abnehmer. Die Menschen in den neuen Bundesländern kaufen lieber gleich West-Autos. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß der "Trabi" zuletzt für nur 7.000 D-Mark zu haben ist - wobei die Treuhand jedes einzelne Exemplar mit 3.000 DM subventioniert.

"Wendig, schnell, ausdauernd und robust" - das versprach jedenfalls die Werbung zu DDR-Zeiten. Tatsächlich verlangte der Wagen vor allem von Fahrern und Insassen Ausdauer und Robustheit: sie wissen ein Lied zu singen von beengten Platzverhältnissen, vorsintflutlichem Komfort und einer beeindruckenden Lärmkulisse. Probleme selbst am Ende eines "Trabi"-Lebens: die aus einem Kunstharz-Baumwoll-Gemisch gefertigte Duroplast-Karosserie (inklusive neun Kilogramm Kleber und zehn Kilo Hartpappe) fällt in die Kategorie Sondermüll und wird zu einer Herausforderung für Entsorgungs-Experten.

Und doch: das Ende des "Trabi" ist auch ein Abschied mit Wehmut. Zwar ist der Wagen geradezu ein Symbol für die Rückständigkeit einer maroden und nicht mehr wettbewerbsfähigen Zwangswirtschaft, für hoffnungslos veraltete Technologien und groteske Komfortmängel - aber er ist eben auch ein Symbol für die kleine Freiheit, die sich zahllose Bewohner der DDR in den Jahrzehnten der großen Unfreiheit mühsam erkämpft hatten. Und selbst im Westen Deutschlands denken viele Menschen mit innerer Bewegung an den "Trabi"; denn unvergeßlich bleibt, wie der Kleinwagen mit dem typischen Zweitaktgeräusch und der typischen blauen Rauchfahne im Herbst 1989 die Straßen West-Berlins und der Bundesrepublik erobert - und so den Fall der Mauer und die Überwindung der Grenzen versinnbildlicht.